

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 06/2014

21. Jahrgang

4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. September 2014

Antrag der LINKEN erneut in die Ausschüsse:

## Uferweg Speicherstadt in Frage gestellt?

Zu einem Grundsatz in der Stadtentwicklung haben sich die Stadtverordneten schon 1999 mit dem Uferwegkonzept der Landeshauptstadt entschlossen, das in diesem Jahr durch die Einbeziehung der 2003 eingegliederten neuen Ortsteile fortgeschrieben wurde. Darin heißt es: „Ziel dieser Konzeption ist, wie auch schon im bestehenden Konzept, die Ufer überwiegend öffentlich zugänglich zu halten oder zu machen. Im Einzelfall ist zu prüfen, an welchen Uferabschnitten bzw. in welchen Teilbereichen eine öffentliche Zugänglichkeit hergestellt werden soll und kann.“

Rund 125 Kilometer Uferzonen an Havel, Seen und Kanälen sind mit diesem hohen Anspruch zu betrachten. Dass dies nicht überall leicht ist, zeigen die langwierigen, mittlerweile gerichtlichen Auseinandersetzungen zur (Wieder)herstellung öffentlicher Uferwege am Griebnitzsee und am Groß Glienicker See.

Eingedenk dieser Erfahrungen gab es für einen öffentlichen Uferweg im Sanierungsgebiet Speicherstadt eigentlich die besten Voraussetzungen, einen grundsätzlichen Beschluss dazu gibt es seit 2008.

2012 nun aber, als die Speicherstadt Formen annehmen sollte, gab es wasserrechtliche Einwände des Umweltministeriums gegen einen Weg über das Gelände des Wasserwerkes. DIE LINKE setzte den Uferweg Speicherstadt mit Anfragen und An-



Der Uferweg von Hermannswerder bis zum Wasserwerk wird gerade gebaut. Soll er vor dem Wasserwerk enden?

trägen nahezu auf jede Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlungen, forderte die Erarbeitung von Alternativen, stellte allerdings auch fest, dass die Verwaltung bereits Baugenehmigungen für veräußerte Teilbereiche ausgesprochen hatte, in denen ein Weg am Ufer nicht eingeplant und auf Nachfrage auch abgelehnt wurde.

Die wasserrechtlichen Einwände konnten ausgeräumt und wenigstens auf dem Grundstück der EWP der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben werden, das Havelufer zu besuchen.

Seit 2012 versucht DIE LINKE, den grundsätzlichen Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung durchzusetzen und die Finanzierung im kommenden Haushalt der Landeshauptstadt festzuschreiben.

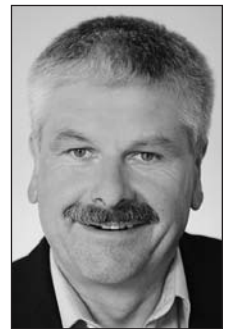
In der September-SVV begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg den erneuten Antrag der LINKEN: „Die Stadtverordnetenversammlung hat sich ausdrücklich für den Bau eines Uferweges auf dem Grundstück der EWP in der Speicherstadt aus-

(Fortsetzung auf Seite 2)

### Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen,  
liebe Potsdamer,

nach der langen Sommerpause und dem Landtagswahlkampf hatten sich einige Probleme angestaut. Das widerspiegelte sich in der üppigen Tagesordnung. Auffällig war das geschlossene Auftreten der Fraktionen der Rathauskooperation gegen die Anträge der Linksfraktion, die entweder mit fadenscheinigen Argumenten in die Ausschüsse versenkt oder wie beim Antrag auf kostenloses Schulessen für sozial bedürftige Schülerinnen und Schüler gleich abgelehnt wurden. Es ist bezeichnend, dass für dieses kleine Stückchen soziale Gerechtigkeit kein Geld da sein soll, während z. B. nach wie vor mit dem Abriss des Hotels „Mercure“ und des Staudenhofs geliebäugelt wird, ohne nach den damit verbundenen Kosten zu fragen. Man sieht, dass die Wahlen vorbei sind und nach dem Machtverständnis von SPD, CDU und Grünen keine Rücksicht mehr genommen werden muss. Sichtbar wurde das auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um eine Bürgerbefragung zur Garnisonkirche. Die bedingungslose Ablehnung dieses Antrags der Linksfraktion zeigte, dass bei den Kooperationsfraktionen wenig Bereitschaft erkennbar ist, einen ergebnisoffenen Bürgerdialog zu führen, zu dem eben auch eine Bürgerbefragung gehören sollte. Ich hoffe, dass das nicht das letzte Wort war und die Kirchenvertreter von sich aus ein Interesse an einem wirklichen Diskurs haben. DIE LINKE wird sich jedenfalls für eine intensive Diskussion zu diesem heftig umstrittenen Vorhaben der Stadtentwicklung einsetzen.



Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

**Verschobene Prioritäten:**

## Potsdam ist eine Kulturstadt

Das zeigt sich mit wachsendem Erfolg auch im September. Offene Türen im Hans-Otto-Theater, DDR-Kunst im Potsdam Museum, ein Jahr Besucheransturm auf das neue



Bildungsforum, spektakuläre Saisoneröffnung im Nikolaisaal demonstrieren die herausragende Qualität des Kulturangebotes für Potsdamer\_innen und viele Touristen.

DIE LINKE will, dass die städtischen Kultureinrichtungen und die freien Träger der Kultur auf einer stabilen finanziellen Basis wirken können. Bei den Diskussionen des Haushaltes für 2015/2016 wird das eine wichtige Rolle spielen. Wir haben beantragt, dass künftig dafür Sorge getragen werden muss, dass die städtischen Kultureinrichtungen Tarifaufwüche bezahlen und den Mehraufwand nicht durch Einsparungen an der Kultur erbringen müssen.

Kürzungen im Vergleich zum Vorjahr sollen vermieden werden. Darüber hinaus sollen die Träger der freien Kultur weiterhin stabil finanziert werden. Dieses Anliegen wird weiter im Kulturausschuss behandelt werden. Man darf auf die Meinung der Rathauskooperation gespannt sein.

Zugleich müssen für die kreative Szene in der Stadt bessere Bedingungen geschaffen werden, damit wir Künstler\_innen in der Stadt halten können. Hier ist auch in der Verwaltung mehr Kreativität gefragt. Auf einen Standort in der Berliner Straße bis 2017 zu warten, hilft für die jetzige Situation kaum.

Dr. Karin Schröter  
Kulturpolitische Sprecherin

### Dreijahresverträge für Kulturträger

Im Januar 2013 hatte die SVV beschlossen, ab 2015 für die Hans Otto Theater GmbH, die Kammerakademie Potsdam gGmbH und die Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH Dreijahresverträge vorzubereiten und in den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam von 2015 bis 2016 einzustellen und dies darüber hinaus für weitere institutionell geförderte Kulturträger zu prüfen. Dr. Karin Schröter fragte nach dem Arbeitsstand in Bezug auf die anstehende Haushaltsplanung.

Dr. Iris Jana Magdowski bestätigte, dass im Rahmen der kulturpolitischen Konzepte, die gerade aktualisiert werden, „die Förderung unserer Kulturträger“ ein Kernbestandteil sind. Die Verhandlungen laufen, letztmalig am 14. August mit der Geschäftsführung der Kammerakademie und dem Intendanten des Hans-Otto-Theaters. Im Augenblick gebe es relativ große Probleme mit den Musikfestspielen zu einem Konsens zu kommen, weil der Haushaltsansatz 2015, in dem die freiwilligen Leistungen nicht erhöht werden sollen, geringer ist als 2014. Daher müssten Stadt und Kulturträger zu einem Konsens finden. Das ist noch nicht der Fall. Auf Nachfrage von Karin Schröter erklärte sie, dass Dreijahresverträge im Hans-Otto-Theater ausgesetzt wurden, weil seit längerer Zeit dort keine finanzielle Stabilität gegeben war. Tarifierhöhungen seien ein Riesen-Thema für alle Kulturträger, da dadurch nur ein „schmalere Korridor für zusätzliche Finanzierungen“ bleibt.

### Anonymisierte Bewerbungsverfahren

Anonymisierte Bewerbungsverfahren für alle Stellenausschreibungen sollten laut SVV-Beschluss von 2012 für einen Probezeitraum ab Jahresbeginn 2013 eingeführt werden. Die Verwaltung hatte darüber in-

(Fortsetzung von Seite 1)

gesprochen. Alle dafür aus Sicht der Stadt notwendigen Voraussetzungen sind geschaffen worden. Im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt 2013/2014 sind Festlegungen für die Finanzierung des Uferweges getroffen. Jetzt muss gesichert werden, dass der Uferweg möglichst 2015 gebaut werden kann.“ Der Beschlussantrag beauftragt den Oberbürgermeister, „mit dem Entwurf für den Haushaltsplan 2015/2016 sind auf Antrag der LINKEN die notwendigen finanziellen Voraussetzungen

formiert und für den Beginn des Jahres 2014 die Inbetriebnahme des Personalmanagementprogramms LOGA in Aussicht gestellt. Dr. Sigrid Müller wollte wissen, wie der aktuelle Stand bei der Einführung in der Verwaltung bzw. in den kommunalen Unternehmen ist.

Oberbürgermeister Jann Jakobs verwies darauf, dass die Verwaltung seit August dieses Jahres das Personalwirtschaftsprogramm im Hause nutze, das auch funktioniere. Nun sei noch das Personalratsmitwirkungsverfahren notwendig, das Ende September abgeschlossen werden soll. Dann sollen fünf reale Bewerbungen „exemplarisch, unter Echtbedingungen durchgespielt“ werden. Wenn alles klappt, soll das Verfahren ab 1.1.2015 eingeführt werden.

### Beirat Nachbarschafts- und Begegnungshäuser

Mit der beschlossenen Weiterentwicklung des Rahmenkonzeptes Nachbarschafts- und Begegnungshäuser wurde auch festgelegt, dass hierfür ein Beirat eingesetzt wird. Matthias Lack wollte wissen, welche Schritte bisher eingeleitet wurden.

Dr. Iris Jana Magdowski erklärte, dass die SVV im April 2014 die 2. Fortschreibung des Rahmenkonzeptes zur Weiterentwicklung und Steuerung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser beschlossen hatte.

In diesem Zusammenhang seien Prüf- und Arbeitsaufträge benannt worden und auch die Frage aufgeworfen, ob es einen zusätzlichen Fachbeirat geben soll, der die Einrichtungen begleitet und mit welchen Kompetenzen er ausgestattet wird.

Der Arbeitskreis Potsdamer Begegnungshäuser hat ein dreiköpfiges Steuerungsteam gewählt, das gegenwärtig ein Konzept für einen Beirat erarbeitet. Nach Zustimmung in den Gremien gehe sie davon aus, dass ein außerhalb und unabhängig von der Verwaltung agierender Fachbeirat noch im Herbst dieses Jahres seine Arbeit aufnehmen wird.

für den Bau des Uferweges auf dem Grundstück der EWP in der Speicherstadt zu schaffen. Parallel dazu sind die Gespräche mit der Landesregierung zu führen, um die Aufnahme dieser Entwicklungsmaßnahme in die Landesförderung zu erreichen.“

Die Mehrheit der Stadtverordneten allerdings stellte ihre Zustimmung von 2012 offensichtlich in Frage und überwies den Antrag erneut in die Ausschüsse für Finanzen und Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr.

## Abgelehnt

### Anspruch auf kostenloses Schulesen

Seit sieben Jahren kämpft die Fraktion der LINKEN darum, dass sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler ein kostenloses Schulesen bekommen. „Nicht ganz ohne Erfolg“, sagte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Begründung des erneuten Antrages. Schließlich gebe es mittlerweile die „Härtefallregelung“, die allerdings nur auf Antrag gewährt wird. „Das ist entwürdigend“, so Scharfenberg, man müsse sich selbst als bedürftig erklären. „Ein sauberer Weg ist, den Anspruch in den Haushaltsplan 2015/2016 aufzunehmen.“ Andere Kommunen, die weit ärmer sind als Potsdam, machten das bereits vor. Angesichts des 160 Millionen Euro teuren Schulentwicklungsplans, sei es nicht möglich, die vollständigen Kosten von ALG II- und Wohngeldempfängern sowie Asylbewerbern zu übernehmen, so die Beigeordnete Dr. Magdowski. Sie rechnete vor: Für 1720 Kinder seien das im Jahr 1.078.440 Euro.

Nach der 17:29 verlorenen Abstimmung sagte Scharfenberg voraus: „Sie werden uns nicht los in dieser Frage.“

### Begleitung der Kappungsgrenze bei Mieten

Die Verordnung, Mieten bei Neuvermietung höchstens bis zu 15 Prozent zu erhöhen (und nicht wie zuvor 20 Prozent) ist seit dem 1. September dieses Jahres im Land Brandenburg in Kraft. Durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, mit der die Mieter auf ihre Rechte aufmerksam gemacht werden sowie entsprechenden Kontrollmechanismen sollte die Umsetzung der Verordnung begleitet werden, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg den entsprechenden Antrag der LINKEN. Dies sei nicht nötig und nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, befand die Mehrheit der SVV und lehnte den Antrag ab.

## Überwiesen in Ausschüsse

### Finanzierung städtischer Kultureinrichtungen

Die LINKE hat in einem Antrag Kriterien für die Finanzausstattung formuliert, die Dr. Karin Schröter in ihrer Antragsbegründung vorstellte. Grundsätzlich soll keine kulturelle Einrichtung im Haushalt 2015/2016 eine Finanzkürzung gegenüber 2014 erfahren. Die Tarifierhöhungen sind durch entsprechende Erhöhung der städtischen Mittel zu sichern.

Der Antrag wurde in den Kultur- und in den Finanzausschuss überwiesen.

### Open Government Data

In den Hauptausschuss wurde der von Dr. Scharfenberg eingebrachte Antrag der LINKEN überwiesen, für mehr Transparenz in der Verwaltung zu sorgen. Nach den Grundsätzen von Open Government Data soll die öffentliche Zugänglichkeit von Verwaltungsdaten realisiert werden. Ein Konzept soll im März 2015 vorgelegt werden. Der Antrag wird weiter im Hauptausschuss beraten.

## Beschlossen

### „Scholle 51“ sichern

Mit zwei Dringlichkeitsanträgen reagierten DIE LINKE und die SPD auf die Tatsache, dass der Bestand des Kulturstandortes „Scholle 51“ unmittelbar gefährdet ist. Dr. Karin Schröter drückte bei der Begründung des Dringlichkeitsantrages ihre Verwunderung aus, „wie flott hinter den Kulissen gearbeitet“ werde, „um den Standort Scholle 51 zum Sinken zu bringen“. Durch den Eigentümerwechsel werde eine neue Nutzung angestrebt. Die Festlegung im B-Plan 88 „Gemeinbedarfsfläche/Zweckbestimmung Kita“ sei funktionslos, so die Verwaltung, weil der Kita-Bedarf zur Zeit dort nicht bestehe. Um den Bestand der Scholle 51 zu sichern, müsse der B-Plan nun geändert werden.

Baubeigeordneter Matthias Klipp entschuldigte sich, dass er über diese Entwicklung nicht sofort informiert habe. Der Status sei derzeit so, dass der Kulturstandort mit dem bestehenden B-Plan 88 nicht gesichert sei, entweder der Plangeber, die SVV, ändert den B-Plan, oder man einigt sich mit dem Eigentümer.

Im Gegensatz zur SPD hatte die LINKE in ihrem Antrag auch den alternativen Standort ehemalige Gaststätte Charlottenhof als dauerhafte Lösung auch für die „Scholle 51“ ins Gespräch gebracht. Mit dieser Ergänzung der LINKEN und dem Berichtstermin Dezember 2014 schloss sich die LINKE dem SPD-Antrag an.

## Nachtrag aus der Fortsetzung am Montag

### Erhalt und Nutzung des „Minsk“

Angesichts vorliegender Angebote zum Erwerb und zur Sanierung des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ spricht sich die Stadtverordnetenversammlung für einen Erhalt und eine sinnvolle Nutzung dieses Gebäudes aus. So heißt es im Antrag der LINKEN. „Dabei soll mit der Veräußerung sowohl ein Beitrag zur Finanzierung des Sport- und Freizeitbades als auch ein Beitrag zur Entwicklung der Infrastruktur geleistet werden. Eine einseitige Ausrichtung auf den finanziellen Erlös ist vor dem Hintergrund der realen Möglichkeit für eine Sanierung und dauerhafte Nutzung dieses für den Brauhausberg prägenden Gebäudes zu vermeiden.“

Der Antrag wurde abgelehnt.

### Besondere Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, wie die erhöhten Aufwendungen in Kitas, in denen Kinder mit Migrationshintergrund betreut werden, berücksichtigt werden können. Dabei geht es insbesondere um eine bessere Personalausstattung, die z.B. in Kitas mit mindestens zehn Kindern mit Migrationshintergrund angewandt werden könnte. Ziel ist es, sowohl mit städtischen Mitteln die Bedingungen zu verbessern, als auch beim Land für eine entsprechende Veränderung der Kita-Finanzierung zu werben.“

Der Antrag wurde beschlossen – Wiedervorlage Dezember 2014.

## Angst vor der Bürgerbefragung zur Garnisonkirche?

Nach dem mit über 14.000 Unterschriften erfolgreichen Bürgerbegehren gegen den Bau der Garnisonkirche und dem daraus folgenden formalen Auflösungsantrag des Oberbürgermeisters in der Stiftung, dessen Ablehnung vorauszusehen war, ist das Thema nicht abgehakt.

Die Stiftung, die Stadt und Befürworter des Wiederaufbaus räumten angesichts der vielen Gegner Versäumnisse in der Kommunikation ein. Man habe das Vorhaben nicht genügend erklärt, ein „Bürgerdialog“ müsse geführt werden. In einem Antrag der Grünen war sogar von einer Bürgerbefragung die Rede. Allerdings unterwarfen sich die Grünen der Kooperationsdisziplin und zogen ihren Antrag zurück.

DIE LINKE hatte die von ihr bereits angekündigte Bürgerbefragung beantragt, als Ergänzungsantrag dazu hatte DIE ANDERE die Frage formuliert „Sind Sie für den Aufbau der Potsdamer Garnisonkirche?“

„Seit sieben Jahren wird diskutiert“, sagte Sascha Krämer in der Antragsbegründung, „aber es gibt keine Bewegung.“ Es müsse endlich eine Bürgerbefragung geben, um ein klares Meinungsbild zu dem politisch brisanten Vorhaben zu erhalten. Eine Bürgerbefragung wäre das richtige Instrument im Rahmen des angestrebten Bürgerdialogs.

Dass eine Bürgerbefragung nicht entscheiden könne, ob die Garnisonkirche gebaut wird, sei ihm bewusst, antwortete Krämer auf die Einwände mehrerer Abgeordneter, die anführten, dass der Grundstückseigentümer entscheiden könne, was er auf dem Grundstück baut. Daher müsste dies auf dem Stimmzettel vermerkt werden.

Der Grüne Peter Schüler warf der LINKEN vor, dass man sich mit einer Befragung vor der Entscheidung drücke und die SVV ihre Verantwortung nicht delegieren dürfe. Damit begründete er seine ablehnende Haltung gegen eine Bürgerbefragung. Oberbürgermeister Jann Jakobs führte die mehrheitlichen Entscheidungen der SVV zur Aufstellung des B-Planes, zur Übertragung des Grundstückes und zum Beitritt der Stadt zur Stiftung an. Auch den Antrag der LINKEN, die (als alle diese Beschlüsse ohne ihre Zustimmung gefasst worden waren) dann wenigstens den Eingriff in die Breite Straße durch Verschiebung des Grundrisses verhindern wollte, legte er so aus, als habe sich DIE LINKE mit der Garnisonkirche arrangiert.

Auch der Antrag von Dr. Scharfenberg, den Antrag im Hauptausschuss, mit Vertretern des Kuratoriums, zu beraten, wurde abgelehnt.

„Wenn man ein Versöhnungszentrum bauen will gegen eine breite Ablehnung, dann ist es kein Versöhnungszentrum“, sagte Scharfenberg nach der Ablehnung der Anträge zur Bürgerbefragung.



### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr  
29. September; 06.; 13. und 20. Oktober; 03.; 10. und 17. November 2014

### 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal  
05. November 2014, Beginn 15 Uhr

### Frühschoppen „Rathausreport live“

Bürgerhaus Stern\*Zeichen, Galiestraße 37-39, Stadtteil Am Stern  
09. November 2014, Beginn 10 Uhr

### Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 7/2014

Stadthaus, Raum 3.107  
14. bis 19. November 2014 (außer Sa. und So.)

Sie haben auch die Möglichkeit, den Rathausreport an den Info-Ständen der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen zu bekommen.

## Sozial – vor und nach der Wahl

Egal, wo der „Rathausreport live“ zu Gast ist, die BürgerInnen des Umfeldes erscheinen immer wieder mit ihren ureigensten Problemen, um sie bei der Fraktion DIE LINKE im Stadtparlament los zu werden. Natürlich immer auch in der Hoff-



nung, dass sich etwas ändert. Aber auch im Wissen darum, dass eben DIE LINKE die Partei ist, die sich um die Probleme der Menschen vor Ort kümmert – vor und nach den Wahlen.

So war auch die Veranstaltung am 21. September im Babelsberger Kino-Cafe „Konsum“ gut besucht. Einer, mit dem alle gerechnet hatten, war nicht vor Ort. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg feierte Hochzeit seiner Tochter. Scharfenbergs Stellvertreterin Dr. Karin Schröter und die LINKEN-Fraktions-Geschäftsführerin, Dr. Sigrid Müller, vertraten ihn jedoch ebenbürtig.

Karin Schröter gab zu Beginn einen Überblick über die SVV-Beratung vom 17. September. Und sie konstatierte, dass sich für sie der Eindruck gefestigt habe, dass sich die Kooperations-Fraktionen einig seien in der Ablehnerei bzw. Ausschuss-Überweisung von LINKEN Anträgen, die soziale Anliegen haben. Karin Schröter nannte dann einige Beispiele wie die Themen „Bezahlbares Wohnen“ und „Kostenloses Schulesen“. Sigrid Müller betonte, dass etwa 1.730 Kinder in den Genuss eines kostenlosen Schulesens kommen sollten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Ein weiteres Problem war der Jugendförderplan. Der Jugendhilfeausschuss hatte sich vorab einstimmig (also auch mit den Stimmen der Vertreter der Kooperationsparteien!) dafür entschieden, und den von der LINKEN befürworteten Antrag eingereicht, die in zwei Kinder- und Jugendeinrichtungen benötigten Personalstellen zusätzlich zu den bisher bestehenden einzurichten und zu bezahlen. In der

SVV wurde er dann jedoch durch die Kooperationsmehrheit in den Finanzausschuss überwiesen.

Weiter ging es auch um den Wiederaufbau der Garnisonkirche. Der Standpunkt der LINKEN war und ist bekannt. Wie werden nun die BürgerInnen weiter beteiligt? Die SVV schmettete jedoch diesbezügliche Anträge zur konkreten Bürgerbefragung ab. Die GRÜNEN zogen ihren Antrag zu dem Thema zurück. Der Gegenwind aus der Kooperation war ihnen wohl zu heftig! Ergo: Eine Bürgerbefragung scheint in dieser Sache politisch nicht gewollt zu sein.

Den Fragen der Bürgerbeteiligung widmete sich als Gast Kay-Uwe Kärsten vom „Büro für Bürgerbeteiligung“. Da einige Babelsberger aus der Großbeeren-/Grünstraße vor Ort waren, erklärte er das Wirken des ehemals von der LINKEN initiierten, überparteilichen Gremiums. Die BürgerInnen bemängelten, dass sich die ProPotsdam bis dato nur zu den Problemkreisen „Behlerthöfe“, Einsteinstraße und Heidesiedlung äußere. Die Großbeeren-/Grünstraße blieben bis dato außen vor. „Wir wollen nicht verkauft werden!“, so die Meinung der Babelsberger Anwohner. Und: „Nach einer Sanierung müssen die Mieten sozial verträglich bleiben!“ „Das Büro erfasst die Meinungen beider Seiten und gibt das dann weiter an die Politik oder die Verwaltung“, erklärte Kärsten. Ziel sei es, Anfang Dezember auf einer Konferenz die damit zusammenhängenden Probleme zu erörtern. DIE LINKE wird an den Fragen dran bleiben. -bm

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam